



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 13. Februar 1879.

Nr. 74.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 12. Februar.

Präsident von Forderbeck eröffnet auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung die Sitzung um 3 1/2 Uhr und beruft provisorisch zu Schriftführern die Abgg. Graf Kleff, Bernards, Thilo und Weigel.

An Regierungsvorlagen sind eingegangen: 1) Der Reichshaushaltsetat nebst sämtlichen Anlagen; 2) der Gesetzentwurf betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung, des Reichspostwesens und zur Durchführung der Münzreform; 3) der Entwurf eines Gesetzes wegen Erwerbung eines Grundstücks für das Reichsgesundheitsamt; 4) der Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte; 5) der Handelsvertrag mit Oesterreich; 6) der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen; 7) Weltpostvertrag betr. den Umtausch von Briefen mit Wertangaben, sowie ein Uebereinkommen betr. den Umtausch von Postanweisungen; 8) eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahl im Jahre 1878; 9) eine Uebersicht der Betriebsresultate der Reichseisenbahnen; 10) eine Uebersicht der Resultate der Erbschaftssteuer im Bezirke des 1. bis 15. Armeekorps und des bayerischen Armeekorps; 11) eine Darlegung der Aenderung, welche die Genehmigung des Bundesrats auf den § 28 des Gesetzes betreffend die Ausübung der Sozialdemokratie seitens der preussischen Regierung getroffen worden ist.

Am 12. d. M. ist die Annahme von 200 Mitgliedern beschlossen worden.
Nächste Sitzung: Donnerstag Nachmittag 2 Uhr.

Tages-Ordnung: Präsidenten- und Schriftführerwahl.
Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 12. Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Hübner.

Tagesordnung:

I. Dritte Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend eine Abänderung des Gesetzes betreffend die hannoversche Landescreditanstalt und betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein und die Herbeiführung eines Ausgleichs in der Wegebaupflicht zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein.

Beide Gesetzentwürfe werden ohne Debatte genehmigt.

II. Beratung des Generalberichts der Budget-Kommission.

Der Referent Abg. Richter erörtert zunächst die geschäftlichen Fragen; er hebt hervor, daß die Budget-Kommission diesmal mit großer Schnelligkeit habe arbeiten müssen. Es war ihr nur die Zeit vom 28. November bis zum 25. Januar gegönnt, darunter befanden sich jedoch drei Wochen Ferien. Er anerkennt sodann die hervorragende Thätigkeit des Bureaudirectors, Geh. Rath Kleinschmidt, der der Kommission das gesammte Material zu den Anlagen aus den Akten des Hauses beschafft habe, da die Staatsregierung selbst das notwendigste Material, u. A. für Beurtheilung der Eisenbahnverwaltung, nur unvollständig und theils verspätet der Budgetkommission zur Verfügung gestellt habe. Sodann empfiehlt Referent die beiden ersten Anträge der Budgetkommission zur Annahme. Dieselben lauten:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen, in Zukunft auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung, insbesondere durch Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung der Zahl der Beamten Bedacht zu nehmen.

2. Die Staatsregierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von kostbaren, nicht unumgänglich notwendigen Neubauten Abstand zu nehmen und bei den beschlossenen Bauausführungen, insbesondere bei der Herstellung von Bahnhofsgebäuden, Dienstwohnungen u., jeden kostspieligen Luxus und jede über das Bedürfnis hinausgehende Anlage zu vermeiden.

Abg. v. Meyer-Arnswalde beklagt sich zunächst darüber, daß seine Fraktion (die Altconservativen) in der Budgetkommission nicht vertreten sei.

Er beziffert sodann die Zunahme der Beamten in Folge der neuen Gesetze auf 3 bis 4 Kavallerie-Regimenter (Heiterkeit.) Endlich tadelt er, daß man im Moment, wo man Ersparnisse anstrebe, für den Frankfurter Centralbahnhof hohe Summen bewillige. Redner erklärt sich deshalb gegen beide Anträge namentlich auch deshalb, weil dieselben doch keinen Erfolg haben werden.

Abg. Richter-Hagen: Wenn die Herren von der konservativen Seite unsere früheren Ersparnis-Anträge unterstützt hätten, dann würden wir uns in einer besseren Finanzlage befinden, als das jetzt der Fall ist. Und was die Vermehrung der Beamten anlangt, so würde, wenn Sie uns gefolgt wären, nicht ein Plus von 8000 Beamten, sondern ein sehr erhebliches Minus vorhanden sein. Eine Verminderung der Beamten ist auch bei der Verwaltung der indirekten Steuern eingetreten, und zwar ist das geschehen durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. War es denn richtig, eine Vermehrung der Schuppleute in Berlin um mehr als 1000 vorzunehmen? Und ist denn nicht gerade die konservative Partei für diese Vermehrung eingetreten? Kurz überall ist theils durch die Initiative der konservativen Partei eine Vermehrung der Beamten herbeigeführt, theils sind die Bestrebungen der Regierung von jener Seite unterstützt worden. Wenn ferner der Vordrucker gegen die Reorganisation der Verwaltungsbehörden Vorwurf erhoben, daß auch sie an der Vermehrung der Beamten Schuld habe, so habe ich dem gegenüber zu bemerken, daß es das Herrenhaus war, welches diese Vielheit der Behörden geschaffen hat. Die Schuld für diese Vermehrung trifft also auch hier nicht die liberale Partei. Und was den Frankfurter Centralbahnhof betrifft, so habe ich auch bei diesem die konservative Partei nicht in der Opposition gefunden. Die Fortschrittspartei und das Centrum waren es, welche gegen die Bewilligung der Postion gestimmt haben. Der Abg. Meyer thäte daher besser, seine Angriffe gegen seine eigene Partei zu richten und sie aufzufordern, die Staatsregierung bei ihren, die Staatsfinanzen ruinirenden kostspieligen Staatseisenbahn-Bauten ferner nicht zu unterstützen. Wir sind uns unserer Verantwortlichkeit den Steuerzahlern gegenüber sehr wohl bewußt, die konservative Partei scheint dies dagegen nicht für notwendig zu achten. Ich bitte, schließen Sie sich den Anträgen der Budget-Kommission an.

Abg. Febr. v. Zedlitz und Neutrich stellt verschiedene Berechnungen auf und greift dabei auf die folgenden Resolutionen (Eisenbahnwesen u.) über. Redner versucht nachzuweisen, daß die Steuererlässe der letzten Jahre die finanzielle Lage verschuldet. Er sieht nur Rettung in der Vermehrung der indirekten Steuern. Eine Nation, die eine ganze Milliarde im Jahre aufzubre, müsse in sich die Kraft haben, die notwendigen Ausgaben für die höchsten Staatsbedürfnisse aufzubringen. Für die Resolution 2 könne auch er stimmen, da wir Luxusbauten sehr wohl ersparen können. Anders dagegen verhalte es sich mit der Resolution ad 1. Die Vermehrung der Beamten sei lediglich durch die Ausdehnung des Staatseisenbahnbetriebes erfolgt. Das sei ein so produktiver Zweck, daß man sich nicht weigern könne, auf dem Gebiete notwendig werdende Beamte zu vermehren. Anders stehe es mit der Provinzialverwaltung. Auf diesem Gebiete halte auch er eine Verminderung der Beamtenzahl für zulässig und wünschenswerth.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Haase erklärt, daß er keinen Auftrag habe, den Anträgen selbst zuzustimmen. Der Kommissar bekämpft die Ausführungen im Bericht in Bezug auf die Ausgaben für die Regierungen. Die aufgestellten Zahlen seien nicht zutreffend, namentlich habe eine Vermehrung der etatsmäßigen Beamten nicht stattgefunden.

Die Diskussion wird geschlossen und bei der Abstimmung werden beide Resolutionen mit großer Majorität angenommen.

Referent Abg. Richter befürwortet nunmehr die folgenden Resolutionen zur Annahme: Die Staatsregierung aufzufordern:

1. vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen;

2. dagegen eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, inwieweit der Bau von lokalen Anschlussbahnen niedriger Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der

Staatseisenbahnen, zu heben und den Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohprodukten zu erleichtern.

3. dem Landtage in der nächsten Session eine Darlegung zu machen, inwieweit die Interessenten bei dem Bau solcher Lokalbahnen durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung bzw. durch Staatsmittel unterstützt werden können.

Hierzu beantragen:

I. Abg. Lasker: an Stelle der Resolution zu 1 Folgendes zu setzen: zu erklären, daß, unbeschadet der Frage, ob und in welcher Weise das Staatseisenbahnsystem über den bisherigen Umfang auszuweiten sei, 1) die derzeitige Finanzlage des Staates nicht gestattet, auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist; 2) es dringlich erforderlich ist, die Ziele und Grundsätze der Eisenbahnpolitik seitens der Staatsregierung klar darzulegen und eine Verständigung über denselben zwischen der Staatsregierung und dem Landtage herbeizuführen.

II. Abg. Febr. v. Hammerstein: an Stelle der Nr. 1 zu setzen: „die Staatsregierung aufzufordern, die Durchführung des Staatseisenbahnsystems als Ziel der preussischen Eisenbahnpolitik unverrückbar im Auge zu behalten.“

(Es haben sich 15 Redner gegen die Resolutionen der Budgetkommission und 5 für dieselben zum Worte gemeldet.)

Abg. Dr. Rasse geht zunächst auf die preussische Eisenbahnpolitik vor dem französischen Kriege ausführlich ein. Wir leiden an dem Uebelstande, führt Redner aus, daß die unrentablen Bahnen der Ausführung durch den Staat allein überlassen worden sind. In den ärmeren Landestheilen hat die Regierung allein bauen müssen. Trotzdem ist das finanzielle Resultat noch immer ein sehr günstiges und wirft auf die wirtschaftliche Verwaltung der Staatseisenbahnen ein durchaus vortheilhaftes Licht. Nach dem französischen Kriege hat sich die Lehre von den dominirenden Bahnen herausgebildet, eine Lehre, die ich für durchaus verfehlt halte. Nur durch die faktische Uebermacht des Staates ist es möglich, einen Einfluß auf die großen Privatbahnen zu gewinnen. Durch den Ankauf einzelner Bahnlinien kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Dagegen ist auf diese Weise ein ganz unhaltbarer Zustand geschaffen, der weder dem wirtschaftlichen Interesse, noch dem Ansehen der Staatsgewalt entspricht. Der Eisenbahnminister ist gegenwärtig Verwalter von 8 1/2 Milliarden preussischen Staatsvermögens. Er hat dieses Vermögen in möglichst finanziellen Interessen nutzbar zu machen. Auf der anderen Seite ist er als Vertreter der Staatsgewalt auch verpflichtet, das in den Privatbahnen stehende Kapital zu schützen gegen eine unbillige Konkurrenz; und endlich ist der Eisenbahnminister zur Zeit auch Wächter der Interessen aller Konsumenten. Ich behaupte, es ist völlig unmöglich, diese verschiedenen Interessen an einer Stelle gegen einander abzuwägen, ohne fortwährend bald nach der einen, bald nach der anderen Seite anzuschlagen. Es ist ganz unmöglich, die Konkurrenz zwischen Staats- und Privatbahnen in gerechter und billiger Weise zu regeln. Redner erklärt sich schließlich für den Ankauf der größeren Privatbahnlinien. Freilich werde sich die Regierung zuvor mit dem Abgeordnetenhaus verständigen müssen. Diese Verständigung werde aber nicht in abstracto, sondern in concreto erfolgen müssen. Aber das Haus werde alle Veranlassung haben, sich auf diesem Gebiete in seinem Rechte zu beschränken. Redner plaidirt für das absolute Staatseisenbahnsystem und fordert die Regierung zu energischem Vorgehen auf diesem Gebiete auf. (Bravo.)

Abg. Richter (Hagen): Diejenigen, welche dem Herrn Vordrucker Beifall spendet, haben zugleich ein vernichtendes Urtheil gesprochen über die bisherige Eisenbahnpolitik. Der kurze Inhalt seiner Rede war der: das Haus hat sich auf einen Weg leiten lassen, ohne sich die Konsequenzen desselben klar zu machen. Jetzt gilt es, die Konsequenzen aus dem bisherigen Verfahren zu ziehen. Wir unsererseits haben diese Konsequenzen schon früher angedeutet. Gerade bei Berlin-Dresden ist das klar nachzuweisen. Es zeigt sich bei dieser Bahn recht deutlich, wie falsch es ist, auf einer Linie eine Konkurrenz eintreten zu lassen. Es hat sich Alles das erfüllt, was wir vorausgesehen haben. Die Rechnung mit der Berlin-Dresdener Bahn ist falsch gewesen, die Bahn kostet jetzt schon 3 1/2 Millionen

Zufuß. Der Fehler besteht darin, daß zu viel Anlagekapital in diese Linie gesteckt worden ist. Ich habe indes nicht das Wort ergriffen, um dem Herrn Vordrucker in der Hauptsache entgegenzutreten. Ich bin der Meinung, daß eine Fortsetzung der Debatte in diesem Augenblick für uns wohl sehr interessant sein mag, aber im Wesentlichen doch nur einen akademischen Charakter haben würde, so lange der Herr Minister sein Schweigen nicht unterbricht. In der Kommission ist der Minister in dieser wichtigen Frage nicht zugegen gewesen, seine Vertreter haben sich auf kurze Erklärungen beschränkt. Ueber die Absichten des Ministers im Ganzen hat aber nichts verlautet. Ich hätte daher erwartet, daß der Herr Minister heute bei Eröffnung der Debatte seinen Standpunkt zu dieser Frage vollständig klar dargelegt hätte. Jetzt tappen wir im Dunkeln, wir halten akademische Vorträge, ohne daß das Land aus der Sache einen klaren Schluß ziehen kann.

Handelsminister Maybach: Ich verzichte wegen der vorgerückten Stunde heute darauf, das Wort zu ergreifen. Es ist nicht meine Absicht, mit dem, was ich zu sagen habe, hinter dem Berge zu halten. Ich behalte mir vor, mich morgen bei Zeiten darüber auszusprechen. Ich habe keinen Anlaß, über das, was bisher geschehen ist, zurückzuhalten.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.
Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.
Tages-Ordnung: Fortsetzung des Generalberichts.
Schluß 1 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 12. Februar. Unter Bezugnahme auf den Beschluß des Bundesrats über die Resolution des Reichstages zu Kapitel 7 der einmaligen Ausgaben des Reichshaushaltsetats für 1878/79 — Verwaltung der kaiserlichen Marine — hat der Reichskanzler dem Bundesrat eine Uebersicht der seit 1873 im Extraordinarium der Marineverwaltung verwendeten und der zur Durchführung des Flottenplanes noch erforderlichen Summen, unter Vergleichung der Gesamtkosten mit dem Anschlag nach dem Flotten Gründungsplan von 1873, vorgelegt. Danach sind verwendet bis einschließlich 1877/78 119,258,024 Mark, noch erforderlich für 1878/79 bis 1882/83 116,193,625 Mark, im Ganzen also 235,451,649 Mark. Veranschlagt waren nach dem Flotten Gründungsplan von 1873 218,437,500 Mark, mithin sind gegen diesen Plan mehr erforderlich 17,014,149 Mark. Rechnet man die für außerhalb des Flotten Gründungsplans liegende Zwecke zu verwendenden Beiträge mit 11,647,811 Mark ab, so ergibt sich als Mehrerforderniß gegen den Flotten Gründungsplan der Betrag von 5,366,338 Mark.

Von besonderer Wichtigkeit ist ein gleichzeitig beim Bundesrat eingegangener Antrag, welcher im Namen des Präsidiums vom Reichskanzler eingebracht worden ist und darauf hinausgeht, die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Güter-Tarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen beschließen und zu diesem Behufe zunächst einen Ausschuss berufen zu wollen, welcher aus einem Vertreter des Präsidiums und aus einer vom Bundesrat näher zu bestimmenden Zahl von Vertretern derjenigen Bundesstaaten, welche eine eigene Staatsbahnverwaltung besitzen, zu bestehen hätte. Dem Antrage voraus geht eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Sachlage und des Reformbedürfnisses. Es heißt darin: Das in Deutschland bisher bestehende System der Frachtberechnung für die Eisenbahngüter wurde durch die Berliner Konferenz deutscher Eisenbahn-Verwaltungen im Februar 1877 im Wege der Vereinbarung zwischen den Staats- und Privatbahn-Verwaltungen festgestellt, nachdem der Bundesrat durch den Beschluß vom 14. Dezember 1876 sein Einverständnis mit den allgemeinen Grundzügen des Systems erklärt hatte. In einigen Punkten nicht prinzipieller Natur ist das aus den Verhandlungen der Konferenz hervorgegangene Reform-Tarifschema inzwischen, gleichfalls im Wege der freien Vereinbarung, einzelnen Veränderungen unterzogen worden. Die zur Zeit festgestellte Fassung ist in einer Anlage dem Antrage beigelegt. Die Beschlüsse der Konferenz bezogen sich aber nur auf die Klassifikation der Güter, nicht auf die innerhalb der einzelnen Klassen anzuwendenden Frachtsätze. Die Regulierung der Frachtpreise der Eisenbahnen als öffentlicher Verkehrswege, bei deren Be-

nung die gleiche Behandlung aller nicht beinträchtigt oder künstlich beschränkt werden darf, ist jedoch für die wirtschaftlichen Interessen der Nation von weittragender Bedeutung. Die Reichsregierung wird sich der Ausarbeitung der ihr verfassungsmäßig obliegenden Pflichten, einen den Anforderungen der nationalen Wirtschaft entsprechenden Zustand auf diesem Gebiete herbeizuführen, nicht länger entziehen dürfen, nachdem sich erwiesen hat, daß die bisher eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele führen. Die Eisenbahnen sind vom Staate monopolisiert, öffentliche Verkehrswege. Durch die Rechte der Expropriation u. s. w. hat der Staat den Eisenbahnen einen Theil der staatlichen Hoheitsrechte eingeräumt. Die Verletzung dieser Hoheitsrechte ist aber im Interesse des Gemeinwohls erfolgt. Es gereicht jedenfalls zum Nachtheil der Gesamtinteressen, wenn die Privatbahnen die entsprechenden Geschäftspunkte außer Acht lassen müssen, und es ergibt sich hieraus eine Verstärkung der Gründe, welche gegen das System der Privatbahnen überhaupt sprechen. Wenn es hiernach keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Befreiung der Tariffrage nur der Staatsgewalt zugewiesen werden darf, welche allein die Interessen des Allgemeinwohls mit Nachdruck wahren kann, so ist auch die Richtung für die Regelung des Tarifwesens durch die Lage der deutschen Eisenbahn-Verhältnisse vorgezeichnet. Der Tarif muß für Jedermann klar sein, die Gleichberechtigung der Reichs-Angehörigen sichern, die bisherigen Benachteiligungen des kleinen Gewerbetreibenden befeitigen und bei seiner Anwendung die Entschädigung schädlicher, die Kosten des Transports erhöhender Bildungen nicht begünstigen, so wie die Integrität der Beamten nicht gefährden. Diesen Anforderungen wird durch das bestehende Tarifsystem nicht entsprochen. Es wird in der Begründung alsdann zu einer umfassenden Darlegung der unbilligen gegenwärtigen Zustände übergegangen und schließlich gesagt: Die Nothwendigkeit der baldigen Herstellung eines geordneten Zustandes im deutschen Eisenbahntarifwesen tritt in so dringender Weise hervor, daß zur Ausführung der gesetzlichen Regelung der Erlasse eines allgemeinen Reichs-Eisenbahngesetzes, welches mit anderen noch nicht spruchreifen Fragen zusammenhängt, nicht abgewartet werden kann. Die geforderte Acceleration des Tarifwesens unterliegt keinem Bedenken, da dasselbe ohnehin eine getrennte Materie auf dem Gebiete der Eisenbahn-Gesetzgebung bildet und einer unabhängigen Behandlung fähig ist.

Berlin, 12. Februar. Nach dem Gange der Arbeiten in der Zolltarif-Kommission werden im Laufe der nächsten Woche mehrere Plenarsitzungen abgehalten werden können. Die Nachrichten über bereits erfolgte Beschlüsse der Kommission sind mit Misstrauen aufzunehmen, da dieselben größtentheils falsch sind.

Nach dem amtlichen Berichte in Bezug auf den Stand der Ankerpen steht fest, daß die Seuche jetzt lokalisiert ist, und zwar auf den Oderbruch und den Regierungsbezirk Merseburg. Eine Weiterverbreitung nach seuchefreien Orten ist jetzt nicht mehr zu befürchten.

Die neueste Nummer der „Statistischen Korrespondenz“ enthält einen Artikel: „Die Submissionsen auf Hauptgegenstände des Eisenbahnbedarfs im deutschen Reich in den Jahren 1873—1878“. Davin findet man folgende charakteristische Zahlen. Es wurden submittirt an Eisenbahnen 1873: 58,560,000 Mgr., 1878: 8,331,000 Mgr., an Stahlbahnen 1873: 78,137,000 Mgr., 1878: 112,469,000 Kilogramm.

Die Korvette „Prinz Adalbert“, an dessen Bord sich der Unterleutnant z. S. Prinz Heinrich befindet, wird ihre Reise von Balparaiso demnächst nach Panama fortsetzen. Das Reiseziel des Schiffes ist bekanntlich Ostindien. Die Panzerkorvette „Hansa“, das erste auf der Welt zu Danzig gebaute Panzerfahrzeugs, hat sich auf seiner Reise nach Ostindien beim Manöuvren vorzüglich bewährt und den Beweis geliefert, welche erhöhte Leistungsfähigkeit unsere Werkstoffe von Jahr zu Jahr erlangen haben.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Brandenburg und der der Provinz Ostpreußen werden ungefähr zum 10. März einberufen werden.

Provinzialles.

Stettin, 13. Februar. Das Direktorium der Reichsbank macht bekannt, daß Nachbildungen von „Fünfhundert-Mark-Noten“ der preussischen wie der Reichs-Bank bisher nicht zum Vorschein gekommen sind und die in den öffentlichen Blättern darüber enthaltenen gewöhnlichen Mittheilungen der Begründung entbehren.

— Auf die am Freitag, den 14. Februar, stattfindende Benefizvorstellung unseres trefflichen Komikers, Herrn Eduard Hirtze, wollen wir nicht verschmähen, unsere verehrten Leser ganz besonders aufmerksam zu machen. Herr Hirtze hat sich vermöge seiner verben Komik, wir erinnern nur an seine brillante Leistung als „Lubomski“ im „Doktor Klaus“, wie seinen „Wächter“ im „Bemoosten Haus“, sehr bald in die allgemeine Gunst des Publikums zu setzen gewußt. Der als Lustspiel-dichter nicht ganz unbekannt Benefizist wird die von ihm gewählte Hopsche Poffe: „Eine Nacht in Berlin“ durch zahlreiche neue Koupel-Einlagen, Arrangement eines humoristisch satyrischen Masken-zuges u., um vieles interessanter machen und wünschen wir seine Bemühungen an seinem Ehrenabend durch reichen materiellen Erfolg belohnt zu sehen. Jedenfalls wird Herr Hirtze nicht verschelen, dem Publikum einen „jogennanten“ Genuß zu bieten.

— Am 12. d. Mts. wurden einer Apfelsäule Nr. 4 wohnenden Wittwe aus dem Keller 2 Topfe Schmalz und 1 Topf eingemachte Sachen ge-

— Selbst das auf dem Schindacker durch die hiesige Abdeckerei vergrabene Pferdefleisch ist vor Dieben nicht sicher. Der Arbeiter Karl Weichmann, der Lumpensammler August Gebhardt und der Maurergeselle Wilhelm Genschke gestanden am 10. d. Mts. daselbst eine größere Masse davon entwendet und an einen Zimmermeister als Hundefutter verkauft zu haben.

— Den drei bei dem Viehhalter Marten, Böllersstraße 50, in Dienst stehenden Knechten wurden vor einigen Tagen aus ihrer in der Schlafkammer stehenden Kleiderkammer Kleidungsstücke im Werthe von 86 Mark und 2,70 Mark bares Geld entwendet. Verdacht liegt vor, doch ist der Thäter noch nicht ermittelt.

— Dem veritieren Gendarmen Haack zu Stolzenburg ist für die Rettung von Menschenleben die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

— Die „Neue Stettiner Zeitung“ bringt die Nachricht, Herr R. Grafmann habe sich durch Vermittelung des Abgeordneten v. d. Marwitz mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewandt. Diese Nachricht ist unwar. Ob und welche Schritte etwa von andern Seiten bei Herrn v. d. Marwitz wer dem Abgeordnetenhaus überhaupt gemacht sind, müssen wir selbstredend dahin gestellt sein lassen.

— Die „Neue Stettiner Zeitung“ betitelt die Erzählung unserer Sonntagsnummer, daß eine Leichenwäscherin und deren Sohn im neuen städtischen Krankenhause einen Sarg gefunden haben, in dem eine Leiche nackt und mit abgeschnittenen Haaren nur in Hobeispähnen gebettet gelegen habe und benutzt diese Gelegenheit, ein wenig gegen uns zu polemisieren. Aber Herr Weichmann vergißt dabei leider nur die Hauptsachen. Daß jene Erzählung nicht von uns, sondern direkt aus dem Publikum mitgeteilt ist, scheidt Herrn Weichmann selbstredend nicht an. Es wäre auch schade, wenn er sich eine Gelegenheit zu pharisaischem Gesalbader entgehen lassen sollte! Ja, wenn es das pharisaische Gesalbader allein thäre, so wäre Herr Weichmann sicherlich ein großer Mann. So aber, was bringt er denn eigentlich gegen unsern Gewährsmann vor! Er leugnet nicht, daß eine Leichenwäscherin durch Zufall auf einen Sarg mit einer völlig nackten Leiche gestoßen sei. Herr Weichmann scheint darin indessen nichts Besonderes zu finden. Wenn wir Särger und Jolner es eben nicht pietätvoll gegen Verstorbene halten, dieselben nackt in die Särge zu legen und so zu verschärfen, so scheidt sich Herr Weichmann auf einen „höheren“ Standpunkte zu befinden und erhabenen Hauptes und stolzen Blickes zum Himmel mit einem „Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie die da“, dergleichen ganz in der Ordnung zu finden. Doch halt! An einem nimmt das Zangenspiel des Herrn Weichmann Anstoß. Es war keine weibliche Leiche, die so behandelt ist, sondern eine männliche, und zwar die eines armen, verkommenen, mit Ungezieser bedeckten Mannes. Möglich — aber doch merkwürdig und sehr, sehr sonderbar, daß eine alte und erfahrene Leichenwäscherin nicht eine männliche und weibliche Leiche hätte sollen unterscheiden können. Doch zugegeben! Entspricht ein solches Verfahren bei einer männlichen Leiche etwa mehr der Pietät gegen Verstorbene als wenn es sich um eine weibliche Leiche gehandelt hätte? Daß wir die Ansicht des Einsenders, es handle sich vielleicht um eine Leichenberaubung, nicht theilen, haben wir gleich in der ersten Besprechung des Vorfalles ebenfalls angedeutet, und Herr Weichmann hätte sich da er in dieser Beziehung mit seinen Deklamationen den Athem sparen können. Und ebenso, wenn Herr Weichmann bedauert, daß jene Nachricht nicht von zuverlässiger Seite demontirt sei, so haben wir es ebenfalls gleich Anfangs ausgesprochen, daß die möglichste Richtigstellung jenes noch räthselhaften Vorfalles von amtlicher Seite aus durchaus nothwendig erschiene, und daß namentlich über die Art und Weise, wie in neuen Krankenhäusern das Begräbnis der Verstorbenen gehandhabt werde, weitere Aufklärungen gegeben werden müßten. Und eben deshalb haben wir den Vorfalle überhaupt nur zur Sprache gebracht. Denn soll wirklich das Krankenhaus, um mit Herrn Dr. Scharlau zu reden, eine Stätte der Humanität sein, so scheint es uns allerdings nöthig, daß nicht nur die Lebenden dort gepflegt und gepflegt, sondern daß auch die Verstorbenen mit jener Pietät behandelt werden, die man dem Tode nirgends versagt und alle gegenbärtigen Gerüchte gleich Anfangs unterdrückt werden. Herr Weichmann hätte daher auch in dieser Beziehung nicht nöthig gehabt, sich mit fremden Federn zu schmücken. Wenn endlich die hiesige Bürgerschaft nicht Herrn Weichmann, der für alle kommunalen Vorkomnisse stets den Hohnstopp bei der Hand hält, sondern uns ihre Mittheilungen über allerlei unangenehme Vorfälle, die nicht mit pharisaischem Gesalbader abgemacht werden, zukommen läßt, so hat sie nach dem Gesagten wohl Grund genug dazu.

— **Penzance, 10. Februar.** Heute feierte der hiesige Kriegerverein unter zahlreicher Theilnahme sein erstes Stiftungsfest im Freitag'schen Lokale, das mit den Bildnissen Sr. Majestät unseres allerberehnten Kaisers und Sr. Kaiserin, und Königl. Hoheit unseres hochgeliebten Kronprinzen, sowie mit Ostland- und Transparenzen geschmackvoll geziert war. Nach einem geschmackvollen Konzert seitens der hiesigen städtischen Kapelle, dem sich um 9 Uhr der Ball angeschlossen, vereinigten sich die Festgenossen während der großen Pause um 12 Uhr zum Gesange patriotischer Lieder und hielt der Vorsitzende des Vereins, Bürgermeister Paul, eine Ansprache, worin er die wichtigsten Ereignisse in dem ersten Jahre des Bestehens des Vereins besonders hervorhob und mit dem Wunsch, daß der Verein immer mehr erstarke und blühe möge, ein Hoch auf Sr. Majestät unseren allgeliebten Heldenkaiser und Protektor aller

deutschen Kriegervereine ausbrachte, in welches die ganze Versammlung begeistert dreimal einstimmte. Hierauf wurde vom Kameraden Lanfert ein Hoch auf Sr. Kaiserin und Königl. Hoheit unsern hochverehrten Kronprinzen ausgebracht und daran schloß sich noch Hochs auf den deutschen Kriegerbund, den pommerischen Verein, den hiesigen Verein, den Vorstand desselben und auf die Damen; nach Abschluß der Lieder: „Heil dir im Siegerkranz“, „Die Wacht am Rhein“, „Ich bin ein Preuze“ u. s. w. und nach kameradschaftlicher gemüthlicher Unterhaltung und Vorträgen, worin sich namentlich der Kamerad Katt in anerkannter Weise sehr humoristisch hervorthat, wurde um 1 Uhr der Ball fortgesetzt, der bis zur frühen Morgenstunde in ungetrübter und heiterster Stimmung die Festgenossen zusammenhielt.

Cörlin a. P., 11. Februar. (Zig. f. P.) Am 8. d. Mts. wurde die 25jährige Dienstzeit des Kammerers Jahnke gefeiert. In öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten, zu welcher der Jubilar eingeladen, hielt der Vorsitzende, Herr Revisor Sachler, eine Ansprache an denselben und erinnerte daran, daß der Jubilar, früher hier als Lehrer der Stadtschule angestellt, vor 25 Jahren zum Kammerer, Beigeordneten und Rentanten der Stadt-Hauptkasse gewählt worden sei und in dieser Zeit sein Amt eifrig und pflichttreu geführt habe; dafür gebühre ihm der Dank der Stadt. Zur Erinnerung an die heutige Feier überreichte der Vorsitzende dem Jubilar einen silbernen Pokal, der eine Widmungsschrift trägt. Auch Herr Bürgermeister Küssel richtete Worte der Anerkennung an den Jubilar. Letzterer war von dieser Feier und Widmung so überrascht, daß es ihm schwer wurde seinen Dank auszusprechen, und seine Rührung zu bewältigen. — Zu einem Abendessen im Löwen'schen Hotel hatten sich 60—70 Teilnehmer aus dem Bürgerthum und Militär eingefunden, um auch hiemit dem Jubilar den Beweis zu geben, daß sie Theil nehmen wollten an dem heutigen Jubelfeste. Die reiche Theilnahme zeigte, in wie hohem Maße sich der Gefeierte die Liebe und Achtung zu erwerben gewußt hat. — Den ersten Toast brachte Herr Sachler auf Sr. Majestät den Kaiser und König aus, in den die Anwesenden freudig einstimmten, und hob in einer an den Jubilar gerichteten Ansprache die Verdienste desselben mit dem Wunsch hervor, daß selbige bis in das fernste Alter fort-dauern möchten. — Der Jubilar dankte der ganzen Bürgerschaft, den zahlreichen anwesenden Freunden und dem Militär für die ihm gewordenen Auszeichnung und versprach, auch fernerhin sein Amt wie bisher zu verwalten zu wollen.

Bermischtes.

— Ein Vater von fünfundsiebzig Söhnen, Namens Hiram J. Reese, starb kürzlich in seinem Heim in Franklin County, Pennsylvania, im Alter von beinahe 92 Jahren. Seine erste Frau scheiterte ihm 6 Raaben, seine zweite 11 und die dritte 8; 6 der Kinder waren Zwillinge. Von diesen 25 Söhnen leben heute noch 20, von denen der Älteste 66 und der Jüngste 24 Jahr alt ist. Der Vater hatte den Krieg von 1812 mitgemacht, und hatte während des letzten Krieges neun Söhne in der Union-Armee, von denen zwei in der ersten Schlacht bei Bull-Run, ein dritter bei Bull's Bluff ihren Tod fanden und der vierte bei Vant's Red River Expedition ertrank. — Der Greis selbst war ein außerordentlich robuster Mann und hatte während seines ganzen Lebens nur ein einziges Mal Medicin genommen.

— Vor nicht so langer Zeit ist hier in Berlin ein alter Mann gestorben, dessen Vermögen man auf nahezu anderthalb Millionen Mark schätzte. Die hinterbliebene, sehr zahlreiche Familie, bis auf die Enkel herab, lebt in glänzenden Verhältnissen und erinnert sich mit Freuden der Zeit, als der „Alte“ noch lebte. Da ging es hoch im Hause her. Soireen waren häufig und wenn dieselben auch nur von der guten bürgerlichen Gesellschaft besucht wurden, so floß doch der Champagner in Strömen und die Ränne, in denen die Festlichkeiten abgehalten wurden, waren füllig. Diese Gesellschaften fanden aber nur im Winter statt, im Sommer war der von besagter Herr des Hauses vier bis fünf Monate verreist. Er frequentirte bis vor einigen Jahren die Luza's Bäder Deutschlands und erwarb daselbst sehr bedeutende Summen durch — Betiela. In vürstigen Kostüm, mit Invalidenmütze und blauer Brille, schneeweißen Haar und zitternden Gliedern hielt er sich auf der Promenade auf, sprach niemals an, erhielt aber freiwillig von reichen Badegästen so hohe Almosen, daß er allwöchentlich namhafte Summen nach Berlin schicken konnte. Eine wahrhaft goldene Crute — so erzählt die „Berl. Org.“ — hat der seltsame Kauz vor den Kurhäusern gehabt, als die Spielbanken noch in Flor waren. Dester als einmal des Tages warf ihm ein Glücklicher, der so klug war, mit einem Gewinn den grünen Tisch zu verlassen, ein Goldstück in den Schooß. Dreißig Jahre soll der Mann das „Gesicht“ betriebe haben und es wird behauptet, daß er einen großen Theil seines Vermögens dieser seltsamen Manie zu verdanken habe. Vor etwa fünf Jahren hörten die Badereisen plötzlich auf und zwar aus einem recht wichtigen Grunde. Als nämlich der alte Mann in Wiesbaden wieder in demüthiger Stellung auf der Brunnen-Promenade stand, nahm ihn ein Berliner bei Seite und sprach mit ihm angelegentlich. Er war erkannt worden und sah am Abend bereits wieder auf der Eisenbahn, um nach Berlin zu dampfen. Man hat ihn seitdem nie wieder in den Bädern gesehen. Heute ruht er unter dem Namen — Das Testament des Prinzen Heinrich der Niederlande ist, wie man der „Magdeb. Zig.“ von

hier schreibt, auch bis zu dieser Stunde nicht aufgefunden worden. Wir haben die geheimnißvolle Geschichte mit etwagem Zweifel aufgenommen, in dessen Bericht das genannte Blatt weiter: Der letzte Wille des Prinzen ging darauf aus, seine Gemahlin, Prinzessin Marie, genau so zu bedenken, wie Prinz Heinrich seine vor sechs Jahren verstorbene erste Gemahlin bedacht hatte, und von diesen Dispositionen des Prinzen war lange vor dessen Tode seine Gemahlin Marie in Kenntniß gesetzt worden. Man hatte Anlaß zu der Annahme, das von Prinzen selbst verfaßte Schriftstück befände sich bei anderen sorgfältig bewahrten Dokumenten im Schreibische seines Arbeitszimmers auf Schloß Walferdange bei Luxemburg, woselbst der Prinz starb. Daß er es dort niedergelegt hatte, nachdem seine Gemahlin Kenntniß davon genommen, gilt für sicher. Die Bestimmungen des Testaments waren den Geschwistern des Prinzen (dem Könige Wilhelm von Holland und der Großherzogin von Weimar), außerdem der Mutter der Prinzessin Marie, der Frau Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, bekannt geworden. Das Privatvermögen des verstorbenen Prinzen Heinrich beläuft sich auf rund 21 Millionen holländische Gulden, und die Vertheilung dieser hohen Summe zu Gunsten der Prinzessin ist nur möglich, wenn das von dem Prinzen verfaßte Schriftstück beigebracht wird. Die Vertheilung der testamentarischen Aufsicht muß, wie man annimmt, gelingen, weil eine Verzichtung durch den Prinzen Heinrich nicht stattgefunden hat. Der merkwürdige Vorfall macht in Hofkreisen andauernd viel von sich reden, und jeder Tag vergeblichen Nachsuchens steigert begreiflicherweise das Aufsehen.

Telegraphische Depeschen.

Brannschweig, 12. Februar. Die Kommission zur Beratung des Regentenschaftsgesetzes hat eine Fassung des Entwurfs vorgeschlagen, welche im Wesentlichen mit der Regierungsvorlage übereinstimmt. Die hauptsächlichsten von der Kommission beantragten Änderungen bestehen darin, daß das Gesetz nicht für einen einzelnen in Aussicht stehenden Fall, sondern für mögliche Fälle verschiedener Art als eine Ergänzung des Landgründengesetzes erlassen werden soll. Ferner wird der Regierungsvorlage hinzugefügt, daß der eventuelle Regentenschaftsrath an den Kaiser das erforderliche Gesuch um dem Zwecke zu richten habe, daß das Verhältnis Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrathe für die Dauer der durch den Regentenschaftsrath geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsversammlung entsprechenden Weise geordnet werde. In dem Kommissionsbericht wird mit Bezug auf diesen Punkt gesagt: „Es soll selbst solle „unserer Bestimmung“ „unterordnung unter Kaiser“ „genau zu entziehen.“

Wien, 12. Februar. „Polit. Corresp.“ meldet: Aus Konstantinopel: Der größte Theil der aus Rumelien abmarschirenden russischen Armee soll über die Dobrubtscha nach Rußland zurückkehren. In Bessarabien verbleiben zwei Infanterie- und zwei Kosaken Divisionen. Das Gerücht von Entlassungen an der Pest in Adrianopel ist durchaus unbegründet.

Aus Belgrad: Oßern fand in dem Ministerium des Innern eine Beratung über gegen die Einschleppung der Pest an den Grenzen Bulgariens und gegen die Türkei zu ergreifende Vorsichtsmaßregeln statt, welche identisch mit den bezüglichsten Maßnahmen Oesterreichs sein dürften. Die Skupschtina bewilligte hierzu vorläufig etwa Kredit von 15,000 Dukaten; auch wurde Georgievits in besonderer Mission der serbischen Regierung nach Wien und Pest delegirt.

Aus Salonichi vom 10. d. Mts.: Es ist amtlich festgestellt worden, daß der vermeintliche Fall von Met-stasis bubonica in dem Dorfe Schifowa bei Kantihi bej-sich schon Ende Dezember vorgekommen war, jedoch für Typhus erklärt wurde.

Wien, 12. Februar. Die „Presse“ erfährt, daß gegenwärtig Verhandlungen der Ministerien des Auswärtigen, des Innern, des Handels und der Finanzen im Gange seien, um gegen alle Provinzen aus der Türkei und aus Bulgarien tiefste Maßregeln wie gegen die Provinzen aus Rußland einzuführen. Die Publikation eines Einfuhrverbotes, sowie der Bedingungen für den Uebertritt der Reisenden aus diesen Gebieten sche demnächst bevor. Nicht allein eine Absperrung der Donau gegen die Sulina-Mündung, sondern auch Beschränkungen der Donau-Schiffahrt seien beabsichtigt.

Kopenhagen, 12. Februar. Folkething. Der Justizminister brachte eine Vorlage ein betreffend die gegen die Einschleppung der Pest zu ergreifenden Maßregeln.

Seitens der Linken wurde der Antrag gestellt, in geheimer Sitzung von der Regierung Aufklärungen zu verlangen über den Artikel 5 des Prager Friedens, über die in Bezug auf denselben geführten Verhandlungen und über die Beziehungen Danemarks zu den auswärtigen Mächten. Die Rechte beantragte, die Regierung aufzufordern, in öffentlicher oder in privater Sitzung Aufklärung über die von der Linken erwähnten drei Punkte zu geben.

Madrid, 12. Februar. Nach einer brieflichen Meldung des Journals „Patria“ aus Tanger vom 4. d., hätte der Gouverneur von Bez sich in die Freistadt der Erdmoschee geflüchtet, um sich vor einer Erhebung des Volkes sicher zu stellen; der Sultan sei vom Schläge getroffen und herrsche vollständige Anarchie.